

Kreiszeitung in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für 1 Jahr 1 1/2 Mk. 60 Pf. 200
Central.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat 90 Pf. 00 ankommen; im
Schnee, Schnee und Regen, werden
Wiederholungen auf den 1. Monat
des Quartals 1/2 Mk. 50 Pf.
Inserate
best. Veranlassungen 20. Zeitungs 10 Pf.,
best. Veranlassungen 10. Zeitungs 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämter und
Buchhandlungen des In- u. Auslandes.
Kittel-Expeditionen.
New York: E. G. B. B. Co., 104 Eldridge Str.
Philadelphia: B. G. B. Co., 420 North
3rd Street.
S. Dak.: 1139 Charlotte Str.
Chicago: K. B. B. Co., 296 Division
Street.
San Francisco: B. G. B. Co., 418 O'Farrell
Street.
London: B. G. B. Co., 5 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 24.

Freitag, 24. November.

1876.

Liberaler Infamie.

Der schon arg besetzte Schild der liberalen Partei hat einen neuen Frieden unwertbarer Schande erhalten. Wohl wissen wir, daß die genannte Partei sich oft genug hinter die Polizei bei ihrem öffentlichen Auftreten versteckt hat, doch erblicken wir darin hauptsächlich nur ein Zeichen der Schwäche und Feigheit. Doch jetzt erhalten wir Kunde aus dem Norden Deutschlands von einem Vorgange, der Zeugnis ablegt von der feigen Brutalität, zu welcher diese Sippschaft der Sozialdemokratie gegenüber sich hinstellt, hinter welcher sie ihre Ohnmacht und die Haltlosigkeit ihrer erbärmlichen Anschauungen zu verbergen sucht.

In Schleswig fand nämlich vor einigen Tagen eine öffentliche Versammlung statt, welche von der nationalliberalen Partei einberufen war. Ein Nationalliberaler führte den Vorsitz, wir wollen den Namen dieses „Ehrenmannes“ der Defensivlichkeit nicht vorenthalten, er heißt: Kreisgerichtsrath v. Fischer-Benzon, und der Candidat der Liberalen, Hr. Meier-Förstede hielt einen längeren „öffentlichen“ Vortrag. Den Verlauf dieser Versammlung erzählten die liberalen „Spehoer Nachrichten“ folgendermaßen:

„Dr. Meyer eröffnete in längerer Rede die Parteiverhältnisse im Reichstage, die neuere Gesetzgebung im Allgemeinen, insbesondere auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, und wandte sich schließlich gegen die Lehren der Sozialdemokratie. Redner verurtheilte im Ganzen jede Vertretung einer Interessenspolitik (Agrarier, Clericale, Sozialdemokraten) und suchte durch Beispiele nachzuweisen, daß eine solche für das Allgemeine verderblich sei. Bezüglich der neuern Gesetzgebung, die er allerdings in einzelnen Punkten für reformbedürftig erkannte, will er prinzipiell keine Reaktion, vielmehr ein Fortschreiten auf der betretenen Bahn. Dr. Meyer erklärte ferner, zur „liberalen“ Partei zu gehören, und erst nach seiner eventuellen Wahl und dem Eintritt in den Reichstag nach reiflicher Prüfung sich entschließen zu wollen, welcher liberalen „Fraktion“ er sich anschließen würde. — Der von den Sozialdemokraten als Reichstagscandidat aufgestellte Schneider Heinzl aus Kiel verlangte das Wort zu einer Interpellation über das von Dr. Meyer zur Hilfe der Arbeiter vorgeschlagene System Schulze-Delisch. Derselbe wurde — obgleich er nichts Anzügliches sagte — jedoch vom Vorsitzenden zur Ruhe verwiesen und ihm endlich das Wort entzogen. Besagter Heinzl ward darauf von der Polizei aus dem Saal hinausgewiesen. Andern Sozialdemokraten, die später das Wort verlangten und auch erhielten, wurde gleichfalls bald Stillschweigen auferlegt.“

So berichtet wörtlich ein liberales Blatt. Der conservativ-liberale, cathedersozialistische „Hamburger Correspondent“ erzählt den Vorgang in ganz ähnlicher Weise.

Stellen wir zunächst den Sachverhalt vollständig klar: Eine öffentliche Versammlung ist ausgeschrieben; zu derselben finden sich auch einige sozialdemokratische Redner ein, während die Masse der Arbeiter fernbleibt. Der Vortragende, zugleich Candidat der Liberalen, greift die Sozialdemokratie in sehr derber Weise an, er nennt, nach dem „Hamburger Correspondent“, ihre Bestrebungen thöricht und empfiehlt die Schulze'sche Selbsthilfe und das Schulze'sche Sparsystem. Darauf meldet sich ein Sozialdemokrat zum Worte, der Candidat unserer Partei, Schneider Heinzl; dasselbe wird ihm erteilt, er wendet sich gegen die Ausführungen des Candidaten der liberalen Partei, er will die Angriffe desselben zurückweisen, er will zeigen, wie thöricht es ist, die sozialdemokratischen Bestrebungen „thöricht“ zu nennen, — „er sagt nichts Anzügliches“ — und dennoch entzückt ihn der Vorsitzende das Wort.

Der Vorsitzende merkte wohl, daß der sozialdemokratische Schneider den liberalen Doktor „gefuchsbacht“ haben würde — deshalb schreitet er ein und „forstetbedt“ den Sozialdemokraten ohne Grund.

Die Polizei aber, dienstbar wie immer, des Winkes gewärtig, bringt den Sozialdemokraten zum Saal hinaus.

Das nennt nun die liberale Partei Redefreiheit; dabei beklagt sich diese Partei über den Terrorismus, den die Sozialdemokraten in Volksversammlungen ausüben, aber einen „Terrorismus“, der lediglich das Recht der Majorität sichert.

Wenn eine Partei nicht einmal die öffentliche Diskussion übertragen kann, wenn die Kreisgerichtsräthe und Doktoren sich vor den Kenntnissen und der Ueberzeugungskraft eines Schneiders hinter die Polizei verziehen, wenn von einem Kreisgerichtsrath, von einem Richter das Recht des Staatsbürgers in einer öffentlichen Versammlung gebeugt wird und zwar ohne Veranlassung, wie ein Blatt der eigenen Partei zugeht, dann muß es mit der Partei, welcher solche Leute als Führer angehören, höchst jämmerlich bestellt sein, dann steht dieselbe vor dem selbstgegrabenen Grabe, in welches sie baldigst schon hineinsinken wird. Und wie traurig steht in den Augen jedes freisinnigen, ehrlichen Bürgers der Candidat der Liberalen, Dr. Meyer-Förstede, da? Er greift die Sozialdemokraten direkt an, er empfiehlt die Heilmittel des bei lebendigem Leibe verstorbenen Schulze in Potsdam; und er läßt zu, daß die Gegner, darunter sein Gegen-candidat, mundtot gemacht werden, die ihn interpelliren und die Sozialdemokratie verteidigen wollen.

Eine schwachvollere, feigere Handlungswiese kann kaum gedacht werden. Was soll der Mann im Reichstage, der die Ansichten seiner Partei nicht einmal wagt öffentlich zu verteidigen? Kann er fähig sein, Regierung gegebenen Falls die Steuern zu bieten? Doch nein, das ist auch nicht nöthig! Dem

das Rückenbeugen und Knierutschen geläufig sein, und diese Eigenschaften sichern ihm die Gunst der servilen Partei, die sich läugerischer Weise liberal nennt.

Eine Partei, die den Polizeibüffel liebt, die Schergendienste von der Polizei verlangt, welche nach oben sich speichellederisch, nach unten brutal-feig zeigt, sie kann nimmermehr bei der freisinnigen schleswig-holsteinischen Bevölkerung auf die Dauer Anklang finden.

Auch diejenigen Männer in Schleswig-Holstein, welche nicht der Sozialdemokratie angehören, werden oben erzählten Vorfall, der dem Liberalismus den Stempel der Infamie aufdrückt, nicht so gleichgültig ansehen. Sie werden solche Infamie nicht unterstützen wollen, indem sie für den Candidaten der liberalen Partei stimmen.

Ja, die Männer in Holstein werden bei den nächsten Wahlen den Feiglingen zeigen, daß sie der Verachtung werth sind, sie werden Männer wählen, und diese sind nur unter den Candidaten der Sozialdemokratie zu finden.

Der oben erzählte Vorfall wird auf diese Weise nur der Sozialdemokratie von Nutzen sein. Unsere Feinde sind meistens unsere Freunde!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die „Bärde“ des deutschen Reichstages. Die „Bosische Zeitung“ schreibt: „Vor beinahe zwei Jahren, am 16. Dezember 1874, beschloß der deutsche Reichstag auf den Antrag des Herrn v. Hoyerstedt mit Majorität: „Behufs Aufrechterhaltung der Würde des Reichstages ist es notwendig, im Wege der Deklaration resp. Abänderung der Verfassung die Möglichkeit auszuschließen, daß ein Abgeordneter während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Genehmigung des Reichstages verhaftet werde.“ In der Verfassungsänderung ist es trotz eines entsprechenden, vom Abgeordneten Hofmann wiederholt eingebrachten Antrags nicht gekommen. Die Fortschrittspartei wurde darauf vertrieben, die Angelegenheit werde bei Gelegenheit der Justizreform erledigt werden. Jetzt ist der Zeitpunkt da, aber ein Mitglied des Centrums, der Abgeordnete Reichensperger (Dtp), ist dem früheren Antragsteller zuvorgekommen, indem er vorschlägt, in die Strafprozessordnung als § 411a einzuschalten: „Während der Sitzungsperiode einer gesetzgebenden Versammlung des Reiches oder eines Bundesstaates dürfen Freiheitsstrafen an einem Mitgliede derselben nur mit vorheriger Genehmigung der betreffenden Körperschaft vollstreckt werden. Auf Verlangen genannter Versammlung wird jede vor ihrer Zusammenberufung angefangene Strafverfolgung der bezeichneten Art für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“ Es ist wohl keinem Zweifel unterworfen, daß die gesammte Fortschrittspartei sich diesem Antrage anschließen wird; füllt der Reichstag noch jenen „Schlag in's Gesicht“, der ihm vor zwei Jahren mit der Verhaftung eines seiner Mitglieder verjagt wurde, so muß er dasselbe thun.“ — Der Reichstag ist nun allerdings nicht übermäßig empfänglich, — selbst gegen „Auftritte“ und „Schläge in's Gesicht“ nicht, sofern sie nur von obenher ausgeübt würden. Inbezug vielleicht erlaubt „man der Majorität des Reichstags diesmal, seine Würde zu retten“ und wenn es nur zur Abwechslung geschähe!

— Mi der „Revanche für Philadelphia“ hat es unsere Reichsregierung nicht eilig. Nach den neuesten Nachrichten hat nämlich die Regierung die Bethätigung an der für 1878 geplanten Weltausstellung in Paris definitiv abgelehnt. Dies ist um so bezeichnender, als sich die industriellen Kreise ziemlich einmüthig für die Bethätigung ausgesprochen, aber zugleich verlangt hatten, daß das Reich die Kosten trage und dafür die Organisation der Bethätigung Deutschlands in die Hand nehme. Auch die Presse verhielt sich anfangs zustimmend, dann trat aber in einem Theil der Berliner Presse ein plötzlicher Umschlag ein; man griff keine chauvinistische Ausschreitungen der Franzosen an und zerrte mittelst derselben die Frage auf das politische Gebiet, wogegen aber von anderer Seite lebhaft protestirt wurde. Die „Frankfurter Zeitung“, die „Kölnische Zeitung“ wie die „Bosische Zeitung“ behandelten die Ausfälle der „National-Zeitung“ als Unverschämtheiten, die ebenso bedauerlich seien, wie die Streiche einzelner Franzosen, auf die man aber in Berlin ebenso wenig Gewicht legen werde, wie auf jene Unverschämtheiten. Kürzlich schloß die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ einen Artikel über die Ausstellungsfrage mit den Worten: „Köft man das Interesse der deutschen Industrie in's Auge, so sagen wir: Deutschland muß an der Weltausstellung teilnehmen. Stellt man sich auf den Standpunkt der nationalen Würde, so glauben wir: Deutschland kann an der Weltausstellung in Paris teilnehmen ohne seiner Würde etwas zu vergeben. Wir schließen daher mit der Hoffnung: Deutschland wird an derselben vollkommen recht: auf die Theilnahme an der Weltausstellung in Paris zu verzichten, heißt die sichere Blamage der möglichen oder schimmigenfalls wahrscheinlichen vorziehen.“

— Lobenswerthe Offenherzigkeit. Um den entsephlichen Verdacht abzuwehren, daß die preussische „Fortschrittsparthei“ in irgendwelchen Beziehungen zur Sozialdemokratie stände, schreibt die Wahlcorrespondenz der Fortschrittspartei wie folgt: Was sich in Königsberg im Gegensatz zur Fortschrittspartei Demokratie nennt, ist nur eine mehr oder weniger verschämte Sozialdemokratie. Als Dr. Johann Jacoby 1868 auf sich der Sozialdemokratie zugewandte, mußte er sofort aus der Fortschrittspartei austreten. Bei den Wahlen ließ der demokratische

aller seiner in der Vergangenheit liegenden Verdienste ohne weiteres fallen und wählte an seiner Stelle Eugen Richter, dem bei der Neuwahl Prediger Müller folgte. Es giebt überhaupt keine Partei, die im schärferen Gegensatz zur Sozialdemokratie steht, als die Fortschrittspartei. Der entschiedenste Gegner Lassalle's von Anfang an war Schulze-Delisch. Die Führer der Fortschrittspartei, die das „Kommunalblatt“ lomischer Weise als „linken Flügel der Fortschrittspartei“ oder als halbe Sozialdemokraten bezeichnet, sind die bestgehachten (!) Gegner der Sozialdemokratie, wie jeder Blick in die sozialdemokratische Presse darthut. Die Fortschrittspartei hat die Sozialdemokratie stets und überall energisch bekämpft. Durchweg gehören die Gegen-candidaten der gegenwärtigen sozialdemokratischen Reichstags-abgeordneten der Fortschrittspartei an. Es ist aber noch gar nicht lange her, da war es conservative Lösung, die Sozialdemokratie zu pflegen und zu hätscheln, in der Hoffnung, dadurch in das liberale Bürgerthum eine Spaltung zu bringen zu Gunsten des Absolutismus (Schweizer und Wagener, Vassalle und Wis-narski, die schlesische Arbeiterassociation mit Staatsunterstützung etc.). Als jüngst im Abgeordnetenhaus der Abgeordnete Eugen Richter dem Minister Eulenburg dies vorhielt, sagte derselbe, daß man damals die Sozialdemokratie erst habe sich entwickeln lassen wollen, um zu sehen, was dabei herauskomme. Freisinnige Staaten, wie England, kennen die Sozialdemokratie nicht. Dagegen hat das nach dem Herzen unserer Conservativen Jahrzehnte hindurch von dem „Ketter der Gesellschaft“ absolutistisch regierte Frankreich schließlich die „Commune“ hervorgebracht.“ — Gut gebrüllt, Löwe! Freisinnige Staaten, wie England, freisinnige Leute, wie die Herren von der Fortschrittspartei, sind allerdings am ehesten dazu befähigt, wirkliches Freiheitsstreben im Volke durch Förderung mittelst Gewährung von Schein-freiheiten niederzuhalten. Die heuchlerischen Volkstreunde sind eben gefährlicher, als offene Volkstreunde — darin habt ihr sehr recht, ihr „Fortschritts“-männer.

— Spaß muß sein. Aus Köln, 18. November, verlautet, daß dieser Tage die frühere Köchin des Erzbischofs Weidens vor den Untersuchungsrichter citirt worden, um über den Verbleib der angeblich fehlenden Aktien und des Altes-Repertoriums Auskunft zu geben. Das Untersuchungs-Gericht bringt den hoch-würdigen Erzbischof dadurch in den Verdacht, seine Köchin habe in vertrautem Verhältniß mit ihm gestanden. Dieser Witz ist zwar etwas boshaft aber nicht übel!

— Daß an das Ende der industriellen Krisis noch immer nicht zu denken ist, beweisen die unaufhörlich von neuem eintreffenden Nachrichten von Arbeiterentlassungen in großem Maßstabe. So schreibt man aus Köln:

„Die Arbeiterentlassungen in den hiesigen Etablissements und denen unserer Vororte haben bereits ungewöhnliche Dimensionen angenommen. Die Kölner Maschinenbau-Aktiengesellschaft hat in den letzten zwei Monaten etwa 500 Arbeiter aller Zweige entlassen; die Wagenerfabrik von Geh. van der Zypen bei Mülheim, welche vor einem Jahre noch 1000 Arbeiter beschäftigte, hat deren jetzt noch kaum 300; beim „Humboldt“ in Kalk haben ebenfalls bedeutende Reduzirungen stattgefunden. Ebenso haben bei allen Gewerben verhältnismäßige Verminderungen eintreten müssen.“

Das ist der Segen der liberalen Aera.

— Die Moralität der bürgerlichen Gesellschaft. In den „Neuen Hessischen Volksblättern“ (zu Darmstadt erscheinend) finden wir folgende Lokalnöth: „Der auch hier (in Darmstadt) bekannte Bänkelsänger Dhaus von Offenbach tritt eben in Berliner Singpielhallen im Damenkosium auf. Bezeichnend für die Geschmacksrichtung gewisser Berliner Kreise ist der Umstand, daß verschiedene Zeitungen die Leistungen des „Künstlers“ Dhaus und sogar dessen Decenz (Anständigheit), mit welcher er seine Potentlieder und Gassenhauer vorträgt, nicht genug zu rühmen wissen. So schreibt z. B. ein Berliner Blatt: „Einer der unlängst verfloffenen Abende führte uns in die dem Humor geweihten Räume des Amerikanischen Theaters — und dieser Abend war kein verlorener! — Ein hochinteressantes Programm bot des Bediegnen viel und ist darnach in erster Reihe den Leitern dieses Etablissements, den Herren Heindorf und Reiff, unser Kompliment zu machen. Beide haben es verstanden, sich die akreditirtesten Kräfte der vergangenen Saison auf's Neue zu gewinnen, wenn auch, wie wir vernahmen, unter bedeutenden pecuniären Opfern, und diesem erprobten „Stamm“ einige neue gute Kräfte zu attachiren. Zu lehiereu gehört als hervorragende Jugkraft der Damenkomiker Albert Dhaus. Dieser Künstler im wahren Sinne des Wortes versteht es, das Publikum durch seine decente Wiedergabe pikanter (d. h. schweinscher — Potentlieder) Chansonnets stets zum ungetrübtesten Beifall zu bestimmen. Nicht nur seine angenehme Persönlichkeit, sondern auch seine wohlklingende Sopranstimme wie elegante Kostüme erhöhen den Erfolg der Leistungen des Herrn Dhaus. Jeder Nummer mußte Herr Dhaus noch weitere Nummern folgen lassen; auch wurde ihm an diesem Abend eine wohlverdiente Blumenpende zu Theil.“

„Wir gratuliren“ (bemerkte dazu die „N. Hess. Volksblätter“) „zu solcher Reklame in der deutschen Kaiserstadt! Wenn wir nicht irren, ist Dhaus vor noch gar nicht langer Zeit in dem benachbarten Frankfurt wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit zu längerer Gefängnißstrafe verurtheilt worden.“

Wie tauchen Herrn von Urab, mit diesem Potentvirtuosojen in Verbindung zu treten; vielleicht legt ihm derselbe in den Stand, sein Aermelbündel etwas „pikant“ anzuschaffen und ein

— Zu Tode gequält. Das „Wärzburger Journal“ schreibt aus Würzburg unterm 18. November: Der Einjährig-Freiwillige v. Lugenberger des 9. Infanterie-Regiments, ein hoffnungsvoller achtzehnjähriger Jüngling, hat sich gestern, nachdem er vom Exerzieren heimgekehrt war, in seiner Wohnung erschossen. Der junge Mann war von seinem Instruktionsoffizier (Sekondeleutnant Fuh) mit der Strafe des Sandtragens belegt worden, d. h. er mußte während des Exerzierens einen siebzehnjährigen Sandsack im Tornister mitschleppen. Am gestrigen Nachmittage sollte das Gewicht auf 20 Pfund erhöht und der Bedauerndwertes überdies während der Nacht in Arrest gesperrt werden. Der erbitterte Mann zog es vor, sich zu erschießen. — Das „Fränk. Volksblatt“ fügt noch hinzu: Kurz zuvor war Lugenberger noch beim Exerzieren und erhielt dort gleichsam als letzten Abschiedsgruß das, wie man uns sagt, nicht ungewöhnliche Kompliment: „Dummes Luder, verflucht!“ Von der Fortsetzung solch jarter und von den Einjährig-Freiwilligen vielfach besprochener Behandlung, sowie von der Strafe, auch noch acht Tage lang 20 Pfund Sand zu schleppen u. s. w. ist der Arme durch den Tod befreit worden. — Das ist die „Humanität“ im Militärstaate. Wenn er gefällt, der hat solche Humanität verdient!

— Russisches. Man schreibt der letzten Nummer des in London erscheinenden „Vorwärts“ aus Petersburg: Am 31. Oktober und 1. November war eine Gerichtsverhandlung (wenn man es eine Gerichtsverhandlung nennen kann) über eine neue Gruppe „Reichsfeinde“, und diesmal auch wieder mit den allerunvollständigsten Beweismaterialien. Wir werden Ihnen bald die näheren Umstände angeben; jetzt theilen wir Ihnen bloß den Richterspruch mit: Rechtskandidat Semjanowsky und der Schreiber des Generalstabs Stefan Bogdanow zu 11 Jahren (denken Sie nicht, daß ich einen Schreibfehler mache: zu elf Jahren) Zwangsarbeit; der Soldat Sachar Bogdanow zu 7 Jahren; Fähndrich Djalow (außer Dienst, noch vor dem Prozeß entlassen) zu 1 Jahr Festungshaft; 2 Portepéjunker (eine Art freiwilliger Unteroffiziere) Michkin und Buschinsky zu Arrest, Ersterer zu 3 Monaten, Letzterer zu 1 Monat; ein Student Schelesnyak zu 2 Wochen Arrest. — Durch diesen Prozeß sind Alle ohne Ausnahme empört, sogar die Staatsanwälte des Petersburger Kreisgerichtshofs, alte Beamte u. dgl. Wir brauchen Ihnen nicht mitzutheilen, welche eine Wuth uns erfasst hat.

— Am Sonnabend, den 11. d. Mis. standen unsere Genossen Baumann (Nürnberg) und Löwenstein (Fürth) vor dem mittelfränkischen Schwurgericht. In einem Artikel des „Nürnberg-Fürther Social-Demokrat“ war ein Vergleich zwischen der Thätigkeit Babel's und des Königs von Bayern gezogen und hierin erblickte die Anklage eine „Majestätsbeleidigung“. Bei der Vernehmung Baumann's erklärte derselbe, in welchem Sinne er die incriminirten Worte gebraucht, daß mit den Worten „der König lebe ruhig in Berg, komme hier und da nach München, um ein großes Wort gelassen auszusprechen, lehre aber sofort nach Schloß Berg zurück, um im Style Ludwig XIV. weiter zu re. re.“, nichts weiter gemeint sei, als daß eben der König demselben Geschmack hulbige wie Ludwig XIV., daß der König für Musik und Theater re. große Sympathien hege und somit dieser Satz in keiner Weise eine Beleidigung des Landesherren enthalten könne; allein der Schwurgerichts-Präsident, welcher über den Parteien stehen soll, trat sofort auf Seite der Anklage und beschuldigte Baumann wegen seiner Aussagen der Unehrlichkeit. Selbstredend hatte der Staatsanwalt bei solcher Unterstüßung leichtes Spiel. Der Untersuchungsrichter am königlichen Bezirksgericht Nürnberg, Herr Assessor Jigen, der gewiß keine Vorliebe für Sozialdemokraten hat, fand in dem Artikel keine Beleidigung und lehnte deshalb den Antrag der Staatsanwaltschaft, Untersuchung einzuleiten, ab. Der Staatsanwalt wendete sich nun an das Appellgericht, welches dann auch die Untersuchung anordnete. Sollte man nun glauben, daß die Geschwornenen eine Beleidigung fanden, wo selbst der Untersuchungsrichter keine fand? Sie haben eine gefunden und zwar nur durch das höchst unmotivirte Eingreifen des „unparteiischen“ Präsidenten. Den zweiten Anklagepunkt bildete eine Rede Baumann's, gehalten am 2. August 1875 in Amberg, wodurch den Richtern, Staatsanwälten und Geschwornenen, Beleidigungen vorgeworfen zu sein soll. Durch die sechs Belastungszeugen, welche die Staatsbehörde laden ließ, wurde jedoch zur Evidenz bewiesen, daß Baumann die bayerischen Richter gar nicht beleidigen konnte, weil er nur in allgemeinen Vergleichen sprach, und speziell bei

den die Anklage bildenden Worten, den berüchtigten Prozeß des Generalstabschefs Henheim zur Grundlage seiner Ausführungen genommen hatte. Es gelang deshalb dem Herrn Staatsanwalt nicht, die Geschwornenen zu einem „schuldig“ zu bewegen. Der dritte Punkt der Anklage betraf die Beschwerde Löwenstein's über den Landshuter Magistrat. Das Verfahren des Herrn Bürgermeisters Gehring von Landshut wurde von dem Angeklagten, sowie vom Bertheiliger in's rechte Licht gestellt, allein hier bemühte sich der Herr Präsident ganz besonders, die Geschwornenen zu belehren. „Was geht das uns an“, rief er mit Pathos, „wir haben nicht zu entscheiden, ob der Landshuter Magistrat, ob die Angeklagten Recht haben“. Was war aber die Beschwerde Löwenstein's anders, als eine „Wahrung berechtigter Interessen“ gegen die im höchsten Grade ungehörliche, ihn tief verletzende Handlungsweise des Bürgermeisters Gehring? Und selbst eine Beleidigung ist nicht strafbar, wenn sie zur Wahrung berechtigter Interessen geschieht.

Der letzte Punkt der Anklage war die bekannte Seeschlange, die sogenannte „Berichtigung“ des Bezirksamtmanns Kespfer. Baumann machte hier, und zwar mit Erfolg, geltend, daß erstens die Klage überhaupt verjährt, und zweitens er weder berechtigt, noch verpflichtet gewesen sei, die „Berichtigung“ anzunehmen, da er bei Wiedereintritt in die Redaktion jenen Theil des Blattes, in welchem die „Berichtigung“ hätte aufgenommen werden sollen, nicht mit übernommen habe, so daß selbst der Staatsanwalt seinen Strafantrag fallen lassen mußte. Die Geschwornenen konnten in Folge dessen hier kein „Schuldig“ aussprechen. Nachdem der Wahrspruch der Geschwornenen gefällt war, hatte der Staatsanwalt die Güte, gegen Löwenstein 45 Tage, gegen Baumann 7 Monat Gefängnis zu beantragen. Erwägt man, daß durch Urtheil des Schwurgerichts vom 22. Februar die „Majestätsbeleidigung“ mit 4 Monat als „gefährt“ erachtet wurde, so treffen auf die „Beleidigung“ des Landshuter Gehring drei Monat, wofür doch bei Löwenstein nur 45 Tage beantragt waren.

Zur Beachtung für die Parteigenossen.

In letzter Mitglieder-Versammlung fanden Ergänzungswahlen statt, und besteht nunmehr die Beschwerde-Commission aus folgenden Personen:

- | | |
|-------------------|----------------|
| B. Frid, erster | Vorsitzender; |
| L. Henke, zweiter | |
| J. Meier, erster | Schriftführer; |
| B. Auen, zweiter | |
| F. Holz | Beisitzer. |
| H. Holle | |
| G. Schlicht | |

Wir bemerken hier zugleich, daß die Sitzungen jeden Freitag Abend stattfinden.

Die Parteigenossen werden ersucht, alle Beschwerden an den ersten Schriftführer der Commission, Herrn Johann Meier, Kasningstraße 42, zu senden.

Bremen, 17. November 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: Johann Meier, Schriftführer.

NB: Alle Parteiblätter werden ersucht, Vorstehendes zu veröffentlichen.

Die Ursachen der Seeeunfälle bei deutschen Schiffen mit besonderer Berücksichtigung der Schiffbau-Firma Conradi & Sohn in Kiel.

Es ist wohl an der Zeit, die Ursachen der Seeeunfälle von allen Seiten zu beleuchten; schon im September vorigen Jahres wurde von mir in einem Artikel darauf aufmerksam gemacht, daß es auch hier in Deutschland zahlreiche Rheder giebt, welche nie ein neues Schiff bauen, noch ein solches kaufen, sondern nur alte Schiffe, die noch eben über Wasser schwimmen, ankaufen, sie nothdürftig ausbessern lassen und dann zur See schicken; wollte man sich hierüber ganz genau informieren, dann müßte schon eine statistisch-jämmtlicher Schiffe Deutschlands aufgenommen werden und eine genaue Untersuchung stattfinden; man würde dann gewiß zahlreiche Schiffe finden, die in See zu schicken geradezu unverantwortlich ist. Es trifft dieses aber nicht allein bei den hölzernen, sondern auch bei den eisernen Schiffen zu, indem es z. B. alte eiserne Schiffe giebt, deren Platten Stellen enthalten, die soweit weggerostet, daß sie mit einem leichten Stoß zu durchbohren sind.

Die Soldaten, die alle sammt ihren Offizieren an jenem Abend schwer betrunken waren, schlugen den Priester mit Gewehrkolben todt. Als der Priester fiel, nahm das Kreuz ein junger Mann, den ein Kosak sofort mit der Pike niederstach und dann bei den Füßen in schnellem Galopp in die Citadelle schleppte. Dann nahm das Kreuz sogar ein Jude auf, auch der wurde erschlagen.

Während des Schießens triete eine Gruppe unbewaffneter Menschen an der Ecke der Senatorengasse, einen Psalm singend; berittene Gensdarmen und Kosaken rannten die Betenden nieder und schlugen ihnen die Köpfe mit den Pferdehufen ein. Auf die noch lebend Gebliebenen schoß die Infanterie und stach den Rest mit dem Bajonnette nieder. Alle diese Leute waren unbewaffnet und rückten sich nicht. Umsonst! „Veten wir!“ war das einzige Lösungswort — doch das Rorden dauerte fort. (Und die Russen thun sich doch auf ihr Christenthum so viel zugute!)

Eine Frau, die um Gnade bat, wurde von Kosaken erschossen und der Leichnam auch in die Citadelle geschleppt. Von da gingen die Kosaken auf die Badruska und schossen auf die harmlos gehenden Menschen, die auf den großen Platz flüchteten. Kaum aber kam die Menschenmenge gedrängt hierher, so schossen die Soldaten in die unbewaffnete Menge. Bei diesem Anlasse geschah es, daß die Truppen selbst auch zwei Kosaken erschossen, was auch Fürst Gortschakoff in seinem Berichte erwähnt.

Die Verwundeten wurden mit Kolbenstößen in die Citadelle getrieben; die Todten wurden auch dahin geschleppt. In jenem Saal der Festung, wo die Todten übereinandergelagert wurden, stand das Blut in einer mehr als zollhohen Lache. Zerstückelte Gliedmaßen lagen herum.

Verwundete Frauen und Kinder haken, sie fortzulassen.

Bis jetzt weiß Niemand, wo die Verwundeten sind und was mit ihnen geschieht. Das Volk trug viele Todte in die Conditorei von Belc — die Soldaten aber wollten die Leichname dem Volke entreißen. Nun entstand ein Kampf um die Leichen, welche die Soldaten in Uebermacht an sich rissen.

Vor der Sigmunds-Säule waren mehrere Todte auf Wagen gelegt. Bei dem Ausladen der Todten halfen auch vornehme junge Damen. Dabei schossen aber die Soldaten auch auf diese — einer jungen Frau bohrte sich eine Kugel in die Brust, sie tief den Soldaten entgegen und rief: „Tödtet mich ganz!“ Das Volk eilte hin und schützte die Frau mit seinen eigenen Leibern

Das Leben der Seeleute steht somit fortwährend auf dem Spiele, und es ist gewiß an der Zeit, ein Gesetz zu erlassen, durch welches die Beschichtigung und Klassifikation der Schiffe durch staatlich angestellte sachverständige Control-Beamte vorgenommen wird.

Es giebt aber auch hier in Deutschland Rheder, die sich beschleichen, ihre Schiffe in jeder Hinsicht in gutem, seefähigen Zustande zu erhalten, und die daher an ihren Schiffen die nöthigen Reparaturen vornehmen lassen; leider hat sich aber auch bei einzelnen Schiffbauern hier in Deutschland das Prinzip billige und schlechte Arbeiten zu liefern, eingeschlichen, wodurch mancher Rheder, der sein Schiff einem solchen Schiffbauern zur Reparatur übergiebt, hintergangen wird, und somit das Schiff, trotzdem es nach der Ueberzeugung des Rheders im besten Zustande sich befinden muß, in Wirklichkeit sich in höchst seefähigem Zustande befindet.

Es giebt ja selbstverständlich Rheder, welche, da sie nur das Kaufmannsgeschäft erlernen, von der richtigen Bauart eines Schiffes durchaus nichts verstehen, sich daher auch nur da neue Schiffe bauen, sowie Reparaturen machen lassen, wo es am billigsten geschehen kann. Der Rheder verläßt sich dann gewöhnlich auf seine Kapitäne, die müssen dann die Aufsicht sowohl bei einem Neubau, wie auch bei den Reparaturen alter Schiffe führen.

Nun kann man wohl mit Recht sagen, unsere deutschen Kapitäne sind im Allgemeinen anerkannt tüchtige Seeleute, sie können ein Schiff über See führen; aber bei all ihrem Seefahren erlernen sie nicht das Schiffsbauhandwerk und können auch nicht über Arbeiten Aufsicht führen, wovon sie nicht die mindesten Kenntnisse besitzen. Wohl weiß ein Kapitän genau, ob diese oder jene Klampe an Deck zur Befestigung und zum Manöveriren der Segellage gehörig auf dem rechten Fleck sitzt, aber ein Urtheil, ob diese oder jene Arbeit, sei es bei einem Neubau oder bei Reparatur eines Schiffes ordnungsgemäß vollführt worden ist, können solche Leute, wenn sie nicht direkt das Schiffsbauhandwerk erlernen haben, niemals fällen. Daher erhalten öfters solche Meister die meiste Arbeit, welche alles billig annehmen, diese verdienen aber trotzdem weit mehr Geld, als ein gewissenhafter Meister, der vielleicht für eine Arbeit den halben Preis mehr haben müßte, weil es den billigen Meister im geringsten nicht darauf ankommt, was er für Arbeiten liefert, und es ihm ganz gleichgültig ist, daß von der Arbeit das Leben vieler Menschen abhängt.

Die ernste Pflicht gebietet daher, wenn nicht der Ausdruck des Professor Reuleaux, billig und schlecht, sich auch in den deutschen Schiffbauweisen Geltung verschaffen soll, daß die gewissenhaften deutschen Schiffbauern geschützt werden, damit sie nicht schließlich auch gezwungen sind, billige und schlechte Arbeiten zu liefern; und dieser Schutz geschieht am besten dadurch, daß man leichtsinnige Schiffbauern in der Deffentlichkeit näher beleuchtet.

Im Interesse der Seeleute, sowie im Interesse des deutschen Schiffbauwesens selbst, will ich nun einmal vorkühnen, wie z. B. in jüngster Zeit die Reparaturen alter Schiffe von den Schiffbauern Conradi u. Sohn in Kiel behandelt wurden.

In der Zeit vom 18. bis zum 25. August dieses Jahres wurde die Brigg Copernicus, Kapitän Voh, Rheder Albrecht Koffel in Kostock, getackelt, kalfateriert und ausgepöngt. Bei dieser Arbeit wurden nun 8 Schiffszimmerleute und 12 Lehrburschen hingestellt. Die wenigen Schiffszimmerer sahen nun gleich ein, daß solche Arbeiten mit so vielen Lehrlingen nicht gewissenhaft genug ausgeführt werden können, es machte daher gleich am ersten Tage einer von den Leuten den Kapitän aufmerksam, daß auf diese Weise sein Schiff nicht ordentlich behandelt werden könne, indem bereits Arbeiten von einzelnen Lehrlingen am Boden des Schiffes vollführt waren, die unverantwortlich schlecht waren, aber auf das Drängen der Schiffszimmerer wieder verbessert wurden. Am andern Tage nahm der Meister Conradi zwei Lehrburschen weg und sandte dafür zwei Männer, wovon der eine ein Schwede war, der so mangelhaft arbeitete, daß seine Kalfaterung von einem deutschen Schiffszimmerer nothwendigerweise ausgebessert werden mußte.

Im vorigen Monat hatte derselbe Meister eine norwegische Brigg Ramens „Weselsinden“ zu kalfatern, die schlechten hölzernen Riegel sowie Bolzen durch neue zu ersetzen und ebenfalls einen neuen losen Kiel anzubringen.

Es waren bei dieser Arbeit anfangs an der Steuerbordseite circa 10 Mann Schweden beschäftigt, später an der Backbordseite wurde die Mannschaft durch 7 deutsche Schiffszimmerer verstärkt, und es dauerte diese Arbeit im Ganzen wohl elf Tage.

Die Bernhardiner-Mönche beteten in den Gassen bei den Sterbenden und ertheilten ihnen den letzten Trost — bei diesem geistlichen Werke wurden zehn Mönche mit dem Gewehrkolben erschlagen!

Eine ganze Familie, Mann, Frau und Kind, wurde zugleich ermordet und die Leichname wurden in die Citadelle geschleppt.

Ein Student wurde geviertheilt, überhaupt wurde auf die studirende Jugend eine separate Jagd veranstaltet.

Bis dahin fehlten 840 Menschen, darunter 500 Todte und Verwundete, von den Uebrigen wußte man gar nicht, wohin sie gekommen waren. Die gräßlichen Scenen erinnerten an die Schlächterei bei Prag.

Als endlich die Straßen leer waren, errichteten die Soldaten in den Straßen und Plätzen Wachtposten, sossen unmäßig Branntwein und sangen das russische Lied: „Von der Stadt Warschau“.

Auch am andern Tage, am 9., wurden noch furchtbare Schrecklichkeiten begangen.

Und nach alledem sprach Fürst Gortschakoff den Soldaten den Dank aus und nannte sie „brave Burche“!

Die Soldateska war während der ganzen Zeit absichtlich im Rausch erhalten und machte auf die in Trauerkleidern passirenden Menschen Jagd.

Die Vorbegehenden wurden überdies angepöndelt, deren Taschen durchsucht, Geld, Uhren, Ketten geraubt.

In der Kreuzgasse wurde ein Student ermordet, einen andern stachen die Kosaken nieder.

In der Vorstadt Moranoff wurde eine Frau in Trauerkleidern erschlagen; eine andere Frau hielt einen Säugling, dieser wurde in ihren Armen erschossen!

Vor der Citadelle warfen die Kosaken den Vorbegehenden Schlingen um den Hals — wie den Hunden — und schleppten sie so hinein. Eine Frau entkleidete die Soldaten unter dem Gelächter ihrer Offiziere und schleppte die Unglückliche nackt in ein Haus, wo man ihr Gewalt that.

Doch genug davon.

Nun folgt der Artikelschreiber zum Schluß: Aus dem bisher Gesagten gehe zur Evidenz hervor:

Russische Kulturkämpfer.

Unsere reichstreuen Zeitungen sind angewiesen, das deutsche Volk für einen Krieg Rußlands gegen die Türkei zu begeistern und die weichen von ihnen entledigen sich ihrer Aufgabe, indem sie übertrieben, zum Theil erlogene Berichte über die Gräueltthaten bringen, welche die türkische Soldateska in der Bulgarei verübt haben soll. — Die barbarischen Taten sollen im Interesse der „Kultur und der Civilisation“ vernichtet oder aus Europa vertrieben werden und Rußlands Kosaken und Tscherkesen sollen die Kulturkämpfer sein. Man schweigt geflissentlich über die Schandthaten, welche das russische Heer unter General Kaufmann jüngst in Turkestan verübt hat, und zwar, wie die Engländer Schuyler und Burnaby übereinstimmend versichern, auf ausdrücklichen Befehl seines Feldherrn; man schweigt von den Erzfressen in den Straßen Belgrads, durch welche russische Offiziere die serbische Regierung gezwungen haben, die Frauen der serbischen Hauptstadt zu warnen, sich in der Dunkelheit auf die Straßen zu wagen, da sie sich außer Stande weiß, sie gegen die Vergewaltigungen ihrer eigenen Bundesgenossen zu schützen. Es ist eine perfide Verhöhnung der Civilisation, wenn man sie auf den Schatz des bluttriefenden russischen Heeres verweist. Alle die Berichte, welche bisher über die türkische Kriegführung die Haare unserer leichtgläubigen Bierischpolitiker emporsträubten, können Wort für Wort Anwendung finden zur Schilderung der russischen Invasion in Asien und der Belämpfung der polnischen Aufstände. Man lese nur folgende Beschreibung des Straßenkampfes in Warschau am 8. und 9. April 1861, welche wir einer Nummer des Krakauer „Glas“ aus jener Zeit entnommen haben. Der „Glas“ schreibt:

Der erste Angriff auf das Volk geschah vor dem Bernhardiner Kloster bei der Sigmunds-Säule auf dem sogenannten Krakauer Platz. Gleich zu Beginn wurde geschossen und mit blankem Säbel eingehauen. Die Soldaten verübten die Ermordeten ihrer Kleider, die Gefallenen und Verwundeten schleppte die Soldateska bei den Füßen in die Citadelle, so daß die Köpfe derselben auf dem Steinpflaster zerstückelten und das Gehirn bis auf die Trottoirs spritzte. Die Kosaken begingen zu Pferde

Nachdem dieselbe vollendet war, das Schiff wieder auf-
geleitet wurde, bekam es Ballast, und siehe da, das Schiff war
nicht über Wasser zu halten und mußte sofort in die Docks
hinein.

Hier entdeckte man nun, in welcher unverantwortlichen Weise
die Arbeiten von den Schweden auf Steuerbordseite fertiggestellt
waren.

1) Ein eisernes Nagelloch war ganz offen gelassen, wodurch
das Wasser fingerdick hineinströmte.

2) Ein Matrose stach sein Taschenmesser bis an die Spitze
in die Schöße einer Planke hinein.

3) Ein hölzerner Nagel hinten am Schiffe stach wenigstens
5 Zoll heraus (war also womöglich herausgefallen).

4) Der lose Kiel, welcher neu am festen Kiel angebracht wor-
den war, hatte vorn auf Steuerbordseite zwei Zoll Spielraum
(war also von vornherein nicht ordentlich befestigt worden, son-
dern bummelte lose herunter).

5) Mehrere Sponzen waren so schlecht befestigt, daß die-
selben 14 Zoll über die Planken hinweghauften.

6) Der Kiellack war so led, daß derselbe durch Scheidennägel
gedrückt wurde.

Ein richtiges Urtheil über diese hier angeführten Thatfachen
kann ich in Rücksicht auf das Preßgesetz gegenüber Meister Con-
radi nicht äußern, ich überlasse es daher Jedem, selber zu ur-
theilen, und will nur noch hinzufügen, daß gegenwärtig auf der
Reise des Meisters Conradi circa 60 Lehrburschen, 15 deutsche
Schiffszimmerer und ein Theil Schweden beschäftigt sind, in den
letzten 3 Jahren durchschnittlich 75 Lehrburschen, worunter viele
aus Schweden sich befinden; dagegen waren durchschnittlich nur
etwa 7 deutsche Schiffszimmerer beschäftigt.

Daß dabei sehr viel Unzulässiges vorkommt, ist nicht zu ver-
wundern; so wird mir z. B. berichtet, daß vor circa 6 Wochen
ein Mann von Conradi beim Kalfatern angestellt wurde, der
nicht einmal das Kalfatern anzuordnen verstand; er nahm an-
statt eines Scharfeisen ein Doppelfeilen, ergriff dasselbe mit der
vollen Faust und schlug damit das Werk hinein, natürlich wurde
dadurch die Naht ruiniert. Wie diese Arbeit nun dem Meister-
knecht (Werkführer) gezeigt wurde, erklärte dieser, das glüge ihn
nichts an, Meister Conradi habe den Mann ja angestellt.

Mit den wenigen Schiffszimmerern und den vielen Lehr-
burschen sind nun auch seit 1873 außer den Reparaturen alter
Schiffe vier neue Barkschiffe, sowie zwei kleinere Fahrzeuge er-
baut worden, doch vermag ich nicht über diese Bauten zu ur-
theilen, da ich bis jetzt nicht genau informiert bin, aber aus
allen hier angeführten Thatfachen werden die Leser und Fach-
kenner ersehen, daß durch solche Arbeit nicht allein die Aether
hintergangen werden, daß dadurch vielmehr mit dem Leben der
Seeleute ein frevelhaftes Spiel getrieben wird. Diejenigen
Meister, welche ihre Arbeiten von richtigen gelernten Schiffz-
immerern gewissenhaft fertigstellen lassen, können nicht mit den
gewissenlosen Meistern concurriren; z. B. Meister Jhms, der
Nachbar Conradi's, der bis jetzt seine Arbeiten von deutschen
gelernten Schiffszimmerern gewissenhaft fertigstellen ließ, würde
nicht im Stande sein, auf die Dauer so fortzuführen, seine Ar-
beiten gewissenhaft behandeln zu lassen. Jhms würde schließlich
auch gezwungen sein, seine Arbeiten vermittels recht vieler Lehrlinge
und Schweden billig herzustellen, und so würde der Ruin
unter dem deutschen Schiffbauwesen immer mehr um sich greifen,
wodurch ja selbstverständlich die Seemannsfrage sich nicht vermindern
sondern im Gegentheil vermehren würden. Darum müssen diese
Krebsthäden öffentlich beleuchtet werden, damit Wandel darin
geschaffen werden kann. S. Groß.

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, 12. November. Ein paar Streiflichter
sind uns noch auf die Debatte gestattet, welche zu dem Beschlusse
führte, einen allgemeinen Sozialisten-Congress im Jahre
1877 einzuberufen. Es ist eigenthümlich, daß es gerade die
Antiautoritären selbst waren, die sich vor einem solchen Congress
fürchteten. Etwas beherzter treten eigentlich nur die Jurassier
auf, die sich dem genferischen Standpunkte näherten mit dem
Unterschiede allerdings, daß sie die antiautoritäre Internationale
als die allein existirende und zur Ausführung des großen Werks
berufene Organisation bezeichneten, während die Genfer den
Antiautoritären die Kompetenz zum Neubau der großen Organi-
sation durchaus absprechen. Franzosen und Spanier äußerten
allerlei Bedenken gegen den Congress. Die Ersteren fürchteten,
er könne das Grab der antiautoritären Organisation sein, die

russischen Regierung angeflist wurden, daß den Soldaten Fürst
Gortschakoff für das Massacre den Dank aussprach und sie brave
Bursche nannte!

— **Potenzeiherei im Reichstage.** Bei Beratung eines Ge-
setzentwurfs, der zum Schutze nützlicher Vogelarten eingebracht wurde, sagte
der Antragsteller Fürst Hohenlohe-Engenber: „Auch den Storch habe
ich nicht weglassen zu dürfen geglaubt, da er ja neben anderen Vor-
zügen, besonders bei der Damenwelt so beliebt sei (Große Heiterkeit).“
Abg. von Schorlemer-M. — ein Frommer — replizierte: „Wissenschaft-
lich ist übrigens noch gar nicht festgestellt, welche Vogelarten nützlich
sind, welche nicht. Ich kann z. B. nicht einsehen, weshalb der Antrag-
steller in sein Verzeichniß nicht die „Schnepe“ mit aufgenommen
habe. (Große Heiterkeit.)“ An und für sich waren nun die Bemerkungen
nicht anzüglich, doch durch die unändliche Heiterkeit der Reichsboten
werden sie zu Joten gestempelt.

— Dem Rammon, auch wenn er im Gewande des Verbeeche-
rthums einhergeht, werden Ovationen gebracht. So schreibt man über
Dr. Stroussberg: „Dem weiland „Eisenbahnkönig“, der in Moskau mit
der Angst und dem Schrecken davon gekommen ist, hat die russische
Prozedur eine Konfessionskur gebracht. Da er zur Freiheit demüthigt
ist, so brauchen auch die Stroussbergianer mit ihren Sympathien
nicht mehr zurückgehalten. Zwar will man den der Moskauer Charchbis
Entkommenen nicht im Triumph einholen, doch werden für einen solennen
„Empfang“ bereits die nöthigen Vorkehrungen getroffen. Außerdem
hat unmittelbar nachdem der Urtheilspruch nach Berlin gemeldet
wurde, der Besizer eines großen, neuen Hauses in der Mohrenstraße
an Dr. Stroussberg die Offerte gemacht, ihm die erste Etage seines
großen, polianartigen Grundstücks für zwei Jahre miethfrei zu über-
lassen. Die Wohnung mag sonst eine Jahresmiete von 6000—7500 Mk.
repräsentiren. Ob Dr. Stroussberg diese Offerte annehmen wird, schreibt
der „Börsen-Cour.“, muß indeß dahingestellt bleiben, da von anderer,
ihm näher stehender Seite, bereits in ähnlicher Weise sehr ausgiebige
Sorge getroffen ist.“ Wir fügen dem hinzu: „Dem Verdienste seine
Krone“.

— **Beleidigungslieber.** Das Nürnberger Appellationsgericht
hat das Urtheil des Bezirksgerichtes Eichstätt gegen den Oberwälder
Joseph Stast von Rebbes bestätigt. Stast war wegen 50 Belei-
digungen des Kaisers, des Königs, des Reichskanzlers, der bayerischen
Minister u. s. w. zu 3jähriger Gefängnißstrafe und Dienstentlassung
verurtheilt.

Gefahr laufe, auf dem Congress majorisirt zu werden. Deshalb
set es gut, von vornherein festzusetzen, daß auf dem Congress
keine Abstimmungen stattfinden sollen. Die Spanier, etwas
weniger bedenklich, meinten, die Wiedervereinigung könne ja ganz
einfach durch den Anschluß der noch Kuffenstehenden an die anti-
antiautoritäre Internationale vor sich gehen. Die Italiener
nahmen keine klare Stellung, sie wünschten nur, daß der Congress
in der Schweiz stattfinden. Aus Dänemark war ein Brief ein-
getroffen, der zur Verlesung gelangte; der große internationale
Arbeiterbund existire zwar nicht mehr, heißt es darin, dagegen
habe sich aber die Arbeiter-Organisation in großen nationalen
Verbänden vollzogen, und wenn nun auch aus verschiedenen
Gründen ein centralisirtes Bund dieser internationalen Organi-
sationen momentan nicht möglich sei, so doch die Gründung eines
Centralbureaus. Dieses würde nach den Vorschlägen der
dänischen Genossen durch bestimmte Mitgliederbeiträge unterhalten
werden und aus befähigten Männern aller Länder bestehen, an
deren Spitze ein Direktor zu treten hätte. In allen Ländern
würden Correspondenz-Bureaus zu errichten, die in steter Verbin-
dung mit dem Centralbureau zu bleiben und dieses von allen
Vorgängen in den Gruppen zu unterrichten hätten. — In wärm-
ster Weise bejahte die belgische Delegation De Paeppe den
Congress, als dessen Zweck die Annäherung oder der Solidari-
tätsvertrag unter den Arbeiterverbindungen der verschiedenen
Länder zu betrachten sei. Würde daraus eine Rekonstruktion
der Internationalen — wenn auch unter anderem Namen ent-
stehen, dann würde ein solches Resultat in Belgien freudig be-
grüßt werden. De Paeppe trat im Laufe der Diskussion auch
dem Standpunkte der romanischen Delegirten entgegen und führte
deren Bedenken auf Jucht vor einer Niederlage zurück. Die
antiautoritäre Internationale könne ja nach wie vor bestehen,
wenn ihr der vom zukünftigen Congress votirte Solidariätsver-
trag nicht genügt sei. Weit eher ließe sich umgekehrt die
Frage aufwerfen, ob die einzuladenden Arbeiter-Organisationen
sich nicht vor einem Ueberwiegen des Einflusses der Antiautoritä-
ren scheuen. — Von deutscher Seite äußern sich zwei Mei-
nungen. Franz erblickt für die internationale Arbeiter-Assoziation
in dem Congress keine Gefahr. Er ist für Aufrechterhaltung
der bestehenden internationalen Section und erblickt für den
internationalen Arbeiterbund einen entschiedenen Nachtheil darin,
wenn er in einer so großen Organisation mit Unterthütungs-
und Gewerkschaftsverbänden von zweifelhaft sozialdemokrati-
schem Charakter aufginge. Die Internationale müsse eine Ver-
einigung der entschiedensten vorgeschrittensten Sozialisten bilden,
die der allgemeinen Arbeiterbewegung bahnbrechend voranzugehen
hätten. — Sich ganz auf den Genfer Standpunkt stellend, er-
klärte Grulich dagegen, daß eine internationale Arbeiter-Asso-
ziation, die nicht identisch sei mit der lebendigen Ar-
beiterbewegung aller Länder, keinen Sinn habe. In
der Arbeiterbewegung dürfe es keine neue Aristokratie geben.
Die Erziehung der organisirten Arbeiter müsse ebenso wie die
der Kinder von der Praxis zur Theorie gehen. Die praktische
Bethätigung in der Arbeiterbewegung erziehe mehr Sozialisten
als alle theoretischen Erörterungen. Die Entwicklung der Partei
in Deutschland zeige, daß die entschiedensten und durchdachtesten
Vorläufer auch jenes Entwicklungsstadium durchgemacht haben.
Auch auf dem Pariser Arbeiter-Congress seien die weitergehenden
Prinzipien der Arbeiterbewegung zur Sprache gebracht worden:
die Vertretung des Proletariats in der Nationalversammlung,
die direkte Gesetzgebung durch's Volk, die Anzulänglichlichkeit der
privaten Produktiv-Gesellschaften und der Gemeinbesitz des
Grund und Bodens. Man dürfe nicht so ängstlich sein. Das
organisirte Proletariat werde, wenn es über alle Länder zu einem
Bunde vereinigt sei, den Weg seiner Befreiung schon finden. —
Diesen Ausführungen schloß sich wieder De Paeppe an. Das
Programm der Internationalen sage ja selbst, daß die Eman-
zipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert
werden müsse.“ Die internationale Arbeiter-Assoziation, die nicht
Eins sei mit der großen sozialistischen Arbeiterbewegung ihrer
Länder, sei eine usurpatorische Gesellschaft.

Wir haben das Resultat der Debatte bereits mitgetheilt, der
Congress für 1877 wurde beschlossen.

De Paeppe constatirte in seinem Berichte den Rückgang der
französischen redenden Section der antiautoritären Internationale,
viele seien ganz eingegangen, doch dürfe daraus keineswegs auf
einen Rückgang der Arbeiterbewegung überhaupt geschlossen wer-
den, diese gedehne nach wie vor. Die Erscheinung habe in Tem-
peramentsverschiedenheiten, hauptsächlich aber in der Erkenntniß
ihre Ursache, daß die Sache der Unterdrückten durch eine der
deutschen ähnliche Laisse viel mehr gefördert werden könne, als
durch das Warten auf eine Revolution. Die Lage Belgiens
zwischen Bismarck und Mac Mahon sei auch eine solche, daß an
eine bewaffnete Erhebung im Ernst nicht zu denken sei. Sie
würde nur zum Untergange der Selbstständigkeit Belgiens führen.
Auf der anderen Seite seien freilich die Verhältnisse derart, daß
ohne ein gewaltthames Auftreten kaum an einen erheblichen Fort-
schritt gedacht werden kann. Politische Rechte seien den Ar-
beitern verweigert und in der Zurückweisung selbst der bescheidensten
Forderungen der arbeitenden Klassen fänden sich die Befürworter
aller politischen Forderungen zu fester Allianz zusammen. Trotz
der Ungunst der Verhältnisse entfalten namentlich die vlämischen
(niederdeutsch redenden) Sectionen, besonders Gent und Ant-
werpen das regste Leben. Ihr Augenmerk sei darauf gerichtet,
die Massen des Volks aus ihrer Stumpfheit empor zu rütteln
und sie mit ihrer Lage, ihrer unwürdigen Abhängigkeit, vertraut
zu machen. Ein Habrilsgeiz sei das nächste Ziel und in erteu-
licher Weise sammeln sich die Arbeiter und wache die Agitation
zur Erreichung desselben. So hoffe man trotz alledem weiter zu
kommen. Wäre das arbeitende Volk erst über seine Lage auf-
geklärt, dann mache sich auch Alles von selbst, jedenfalls würde
bereinst eine bewaffnete Erhebung in Deutschland — das Volk
in Belgien gehörig vorbereitet finden. — Einige Notizen, welche
De Paeppe über die Arbeiterbewegung in Belgien und Holland
gab, mögen hier noch Platz finden. Der Verband von Berviers
(französisch sprechend) baldigt den anarchischen Anschauungen,
sein Organ ist der „Mirabeau“. Der Verband von Lüttich, wo
der „Ami du Peuple“ erscheint, ist nur noch schwach, hat da-
gegen eine Stütze an den Gesellschaften der Freidenker. — Die
Brüsseler Internationale gehen Hand in Hand mit dem dortigen
Gewerkschaftsverband, der sich chambre du travail (Ar-
beitskammer) nennt, ähnlich den Pariser Gewerkschaften organisirt
ist und die „Perseverance“ als Organ hat. — In Holland giebt
es nur noch sehr wenige Internationale, doch sind daselbst eine
große Anzahl von centralisirten und lokalen Gewerkschaften unter
dem Namen „Arbeiterbund“ vereinigt, die auch sich politisch be-
thätigen und „De Werkman“ als Organ haben. — De Paeppe
gab auch eine Darlegung des letzten großen Streikes im Kohlen-
becken du Centre. Derselbe umfaßte 20,000 Arbeiter und dauerte
drei Monate. Die Bourgeois-Regierung sandte Militär hin und
hätte eine Repressalie gern gesehen. Aber die durch die Inter-

daß sie dem Druck der reichen Besitzer und der Militärmacht
nachgegeben hätten. De Paeppe's Bericht schloß mit dem leb-
haftesten Wunsch nach einer Vereinigung aller Arbeitergruppen.

Wir haben noch Wahlrechts Rede zu gedenken. In milder-
hafter Weise wahrte er den Standpunkt der deutschen Sozial-
demokratie, gab eine erschöpfende Geschichte derselben und wies
alle Borwürfe schlagend zurück, die gegen sie von antiautoritärer
Seite und preussisch-ministerieller erhoben worden waren. Die
Rede Wahlrechts verdiente es wohl, ausführlich wiedergegeben zu
werden, da sie die Stellung der deutschen Sozialdemokratie in
der großen Arbeiterbewegung in scharfen Zügen zeichnete. Des
beschränkten Raumes wegen, der uns zur Verfügung steht, müssen
wir auf eine ausführlichere Skizze verzichten, behalten uns aber
vor, sie in nächster Zeit ausführlich zu bringen. Bemerken
mollen wir nur noch, daß Wahlrecht auch ein paar Worte an die
Adresse des Ministers Grafen Eulenburg richtete.

Es bleibt uns noch eine Schlussbetrachtung übrig. Wie wir
schon hervorgehoben, liegt die Bedeutung des Congresses zunächst
darin, daß beiden Richtungen Gelegenheit geboten wurde, sich
von Angesicht zu Angesicht auszupprechen. Daraus ist weiter
die Erkenntniß gereift, daß beide Theile zunächst das gleiche
Ziel, Zerstörung des Klassenstaats, verfolgen und in der Er-
reichung desselben neben einander gehen und wirken können.
Beide Richtungen haben sich über die taktische Frage äußern und
ihre Auffassung verteidigen können. Daraus hat sich mit Roth-
wendigkeit eine gewisse beiderseitige Achtung entwickelt, wenn
auch die deutsche Sozialdemokratie wohl niemals revolutionären
Akten Sympathien zollen dürfte, die sich von vornherein als
zwecklos oder schädlich erweisen. — Jedenfalls sind beide Rich-
tungen einander näher gerückt, die Einigungsfrage ist an-
gebahnt, die Arbeiter können sich nun in ihren Organen darüber
äußern, und wenn dies nur, wie sich erwarten läßt, in leidens-
chaftlicher Weise geschieht, dann dürfen die Congressmitglieder
allein deshalb schon mit Genugthuung auf den Congress zurück-
blicken.

n. Aus Schleswig-Holstein, 16. November. Im Wahlkreis
Altona-Stormarn können die Gegner der Sozialdemokratie be-
kanntlich keinen Reichstagskandidaten aufstreifen — Niemand will
sich eben dem gewissen Durchfall aussetzen. Desto mehr drängen
sich die Kandidaten zu den anderen Holsteinischen Kreisen, ob-
gleich dort auch keine viel kleinere Aussicht auf einen gehörigen
Durchfall vorhanden ist. So candidirt neben dem großen —
der Mann ist nämlich sehr stark und breit — Dr. Veseler im
sechsten Wahlkreise der Professor Seelig, welcher als Sozialisten-
freier rühmlichst bekannt ist. Dr. Veseler ist ein Renegat; 1848
pladirte er für die Verweisung der Preßvergehen vor die Schwur-
gerichte und jetzt sith er zu Bismarck's Füßen und würde, wenn
er nur eine bessere Stimme hätte, den Kanzler in allen Ton-
arten ansingen. Er wird selbstverständlich gegen die Verweisung
der Preßvergehen vor die Schwurgerichte stimmen. Das Volk
ist ja seit 30 Jahren unmnüdig geworden. Dr. Seelig ist Fort-
schrittler, Abtath des Professor Hänel, ein verbissener Schulzeaner,
der den Arbeitern das „Sparen“ anempfiehlt und selbst sehr gut
leben soll. Im neunten Wahlkreise ist er bei den vorigen Wahlen
gegen Reimer durchgefallen, dreht man die 6 einfach um, so er-
hält man eine 9 — Dr. Seelig mag sich dies merken. Die
„Zeher Nachrichten“ melden übrigens die Candidatur Seelig's
mit der Bemerkung an, daß nunmehr ein Candidat gefunden sei,
welcher den drohenden Sieg der Sozialdemokratie verhindern
könne. Ich habe die Wahlbewegung im sechsten Schleswig-Hol-
steinischen Wahlkreise verfolgt und kann mein Urtheil nur
dabin abgeben, daß unser Candidat Max Stöhr den Sieg davon
trägt. Die Städte und größeren Flecken sind fast sämmtlich ge-
wonnen; in Ottensen erhält Stöhr mindestens 12—1300 Stim-
men und auf dem Lande sind die Aussichten gleich gut. Zehn-
tausend Stimmen für Stöhr, in die übrigen mögen sich die
Herren Professoren des Renegatenthums und der Sozialisten-
fresserei theilen.

Flensburg, 12. November. An die Parteigenossen des
1. und 2. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises. Da es uns hier
im zweiten schleswig-holsteinischen Wahlkreise nicht vergönnt ist,
genügend Volkerversammlungen abzuhalten, weil uns von seiten
der Polizei zu viel Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden,
sehen wir uns veranlaßt, die Agitation schriftlich zu betreiben. Es
hat sich zu diesem Zweck hier in Flensburg ein Wahlcomité ge-
stiftet, welches sich zur Aufgabe gemacht hat, durch Verbrei-
tung von sozialistischen Schriften in unsern Wahlkreisen that-
kräftig zu agitiren. Hierzu ist es nothwendig, daß die Gesin-
nungsgenossen allerorts, hauptsächlich auf dem Lande, uns
Adressen zukommen lassen, damit wir in nächster Zeit mit der
Verbreitung solcher Schriften beginnen können. Wir werden
Ende dieses Monats oder Anfang December mehrere tausend
Exemplare des Flugblattes „Die rothe Fahne“ und für die dän-
ische Bevölkerung Extranummern des Kopenhagener „Sozial-
demokraten“ zur Verbreitung bringen. Darum auf, Parteige-
nossen, legt Hand ans Werk, damit wir bei der Wahl auf un-
sern Reichstagskandidaten Parteigenossen Brüdern eine an-
sehnliche Stimmenzahl vereinigen.

Zu alledem aber gehört Geld, deshalb Parteigenossen, sämmt
nicht, mit Sammlungen vorzugehen, fordert Eure Nebenarbeiter
auf, bei der Reichstagswahl auf dem Posten zu sein, damit wir
unsern Gegnern zeigen, daß wir in den letzten drei Jahren nicht
zurück, sondern vorwärts gegangen sind; wenn man uns auch
auf alle mögliche Weise Hindernisse in den Weg legt, wovon
wir hier viele Beispiele anführen können, so wollen wir doch
zeigen, daß wir fest wie die nordischen Eichen im Sturm stehen.
Um nur ein Beispiel anzuführen, lassen wir den Bescheid auf
unsere Beschwerde an die königliche Regierung zu Schleswig über
die hiesige Polizeibehörde folgen:

I A. 22. 596.

Schleswig, den 26. Oktober 1876.

Auf Ihre am 7. d. Mts. hier selbst eingegangene Be-
schwerde über die Polizeiverwaltung zu Flensburg wegen Ver-
hinderung einer von Ihnen für den 4. d. Mts. angemeldeten
sogenannten Volkerversammlung, wird Ihnen hiermit eröffnet,
daß diese Beschwerde nicht für begründet erachtet werden kann,
da das von Ihnen für die fragliche Versammlung gewählte
Lokal seiner Größe und Belegenheit nach zur Abhaltung ber-
eigneter Versammlungen in polizeilicher Hinsicht nicht ge-
eignet ist.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

(Name unleserlich.)

An Herrn August Hedner,

Abt. Hrn. Ohlsen,

Rothehofstraße 740, Flensburg.

nicht frei.

Ihr seht also Parteigenossen, wie man uns die Abhaltung
von Versammlungen erschwert. Es bleibt uns also wirklich nur
die Verbreitung sozialistischer Schriften übrig. Wir erziehen
deshalb nochmals die Parteigenossen, besonders in Hadersleben,

Es sind jetzt folgende Gelder an den Kassirer Th. Leiding eingegangen: durch Vahr 1,00; d. H. Kämmer 2,50; freiw. Beitrag Wilhelmthal 2,47; d. Leiding 4,22; Johannsen's Cigarrenfabrik in 6 Raten 15,40; Parlaments-Wahlbuche bei Vogt 10,30; Sozialdemokr. Arbeitervereins Wahlbuche 8,22; d. Wendert 3,36; v. d. Schumacher u. d. Rechner 14,25; freiw. Beitrag 11,64; v. d. Schneidern d. Rasmussen 29,90; von den Tischlern durch Weberich 7,00; durch C. Riegen 6,10; durch P. Lassen 60 Pfg.

Wir erlauben diejenigen, welche noch Gelder für die Parlamentswahlklasse in Händen haben, dieselben so schnell wie möglich an den obgenannten Kassirer abzuliefern und weitere Sammlungen vorzunehmen.

Das Arbeiter-Wahlcomité:

E. G. Nissen, 1. Vorsitzender; A. Rechner, 2. Vorsitzender; G. Mahke, Schriftführer; Th. Leiding, Kassirer; B. Flaggmann, O. Erichsen, A. Helwig, A. Hellberg, Beisitzer.

NB. Alle Briefe betr. Wahlagitacion sind zu richten an den Schriftführer H. Mahke, per Abr. Herrn F. Otto, hinter der St. Johanniskirche 893, Flensburg. Alle Gelder an den Kassirer Th. Leiding, Blankenay 861, Flensburg.

Offenbach, 19. November. Gestern kam unser Candidat für den Reichstag, Liebknecht von Leipzig, hier an und hielt Abends in Offenbach eine sehr gut besuchte Wählerversammlung ab, die sich einstimmig mit dem von ihm entwickelten Programm einverstanden erklärte. Liebknecht wird in den nächsten 9 Tagen in Offenbach und im Wahlkreis Gießen eine Reihe von Vorträgen halten, von denen der beste Erfolg zu erwarten ist. Unser bisheriger Abgeordnete, der nationalliberale Herr Dernburg ist im Auftrage Liebknechts zu der Versammlung eingeladen worden, die am Dienstag hier in Offenbach stattfinden wird. Sollte Herr Dernburg sich weigern zu kommen, sich etwa hinter seine Reichstagsfähigkeit verstecken (von der im Reichstag nichts zu verspüren ist), so wird Liebknecht ihn zu einer öffentlichen Disputation unter von Herrn Dernburg selbst festzusetzenden Bedingungen anfordern. Es ist dies das beste Mittel, den gegnerischen Rauhhelden (Gelden hinter verschlossenen Thüren und hinter unserm Rücken) den Mund zu stopfen, und allen unseren sozialdemokratischen Reichstagsandidaten ist dasselbe zu empfehlen.

V. Frankfurt a. M., 17. November. Im Großherzogthum Hessen besteht bekanntlich die nette Einrichtung, daß der Büttel des Staates die Steuer der Kirche einzieht und zwar die der protestantischen. Dies hat gar Viele aus ihrer bisherigen religiösen Leibarbie angerührt und eigentlich erst recht zum Bewußtsein gebracht, daß sie Anhänger sind des frommen protestantischen Gottesglaubens. Nun erst begannen sie zu calculiren, ob denn dieses Christenthum auch die verlangte Kirchensteuer werth sei und dabei gelangten Viele zu einem verneinenden Schlusse. Sie drückten sich zwar nicht gleich in Masse so frank und frei aus, wie jetzt, sondern agitierten im Stillen und dann allmählich geräuschvoller und geräuschvoller gegen die verhasste Pfaffensteuer, bis es schließlich, namentlich in Rheinhesse, soweit kam, daß in einzelnen Gemeinden sämtliche Steuerzahler aus der protestantischen Landeskirche austraten. Das wäre nun alles recht und gewiß auch in anderen Gegenden den pfäffischen verstaupelten Steuerzahlern anzurathen, allein die heftigsten Rebellen wider die heilige lutherische Landeskirche waren leider trotz ihrer ausdauernden Keuzen noch so behört von dem frommen Wahn, daß sie es nicht bis zur wahrhaften und eigentlichen Dissidenz zu bringen vermochten. In Worms kamen sie zusammen und beschloßen eine neue Religionsgemeinschaft unter der Firma „Freie Protestanten“ zu begründen. Sie glauben noch an Gott, den allgegenwärtigen Geist im Weltall, sie glauben an Jesus Christus, als den begeistertsten und begabtesten Lehrer der Menschen und an einen heiligen Geist, der da wirkt als sittlicher Gesamtgeist der Menschen. Ferner glauben sie an das Reich Gottes und an ein ewiges Leben und halten es für die Aufgabe der christlichen Kirche, das göttliche Reich mehr und mehr zu verwirklichen. Neben ihrem Glauben haben sie aber auch Grundzüge, von denen ihnen als oberster gilt das „ausdrückliche Gebot Jesu“: Liebe Gott über alles und deinen Nächsten wie dich selbst. An dem festgeschriebenen Buchstaben festzuhalten, ist lächerlich, es hat die Auslegung und Erklärung der Bibel im Sinne und Geiste unserer Zeit und nach dem Maße der fortschreitenden wissenschaftlichen Forschung und Erkenntniß zu geschehen. Dagegen ist weise und klug nach „freiprotestantischer“ Lehre, den Staat als die oberste Autorität zur Ordnung und Regelung des menschlichen Zusammenlebens zu betrachten und sich ihm zum blinden Gehorsam zu verpflichten. Dies alles leiten sie her aus dem unverfälschten Wort der Bibel, sind aber doch so fortgeschritten, daß sie neben dieser auch die Natur als die „ewig unverfälschte Offenbarung der Gottheit“ betrachten. Ihre kirchliche Verfassung denken sie sich derart, daß fortan der Unterschied zwischen Geistlichen und Laien aufhört. Jede Gemeinde wählt ihren Vorstand, welcher jährlich einer neuen Wahl unterliegt. Der Vorstand wählt sich aus sich die bezüglichen Chargen mit Ausnahme des Pfaffen; den die Gemeinde selbst nominirt. Die einzelnen Gemeinden schließen sich zusammen in Synodalverbände, in denen in bestimmten Zeitabschnitten Kreis- oder Landesynoden gehalten werden. Refuzieren wir nun das Gute und Schlechte dieser neuen Erscheinung! Gut ist, daß es in den Köpfen der „Blinden“ Hesse anfangt zu tagen und daß die orthodoxen Pfaffen einen höchst unzeitgemäßen und darum gemeingefährlichen Firtelanz mit dem Volke treiben, schlecht aber ist, daß sie wähen, durch Gründung einer neuen christlichen Kirche sich mit der Zeit auszuöhnen. Brav ist der gute Wille aber seine Durchführung ist ein Ding der Unmöglichkeit. Denn zum Ersten ist Glauben und Wissenschaft mit einander unvereinbar — und mit dem Erstern wollen die „Freien Protestanten“ keineswegs brechen — dann schaffen sie, auch wenn sie die Aufhebung des Dualismus von Pfaffe und Laie noch so scharf betonen, eine neue Priestersippe. Denn in unserer Zeit, da die Wissenschaft so weit vorgegriffen ist, reicht der gewöhnliche Laikenverstand nicht mehr aus, den Miß zu zukleistern, der den Glauben von der Erkenntniß trennt, da gehört abgefeimte pfäffische Sophistik her. Ferner ist diese neue Verquickung von Wahn und erfennender Forschung nur ein Hinderniß für ein wirklich mannhaftes Streben nach uneingeschränkter, wahrhaftiger Menschewürde und Freiheit. Sie mögen es unterlassen, die Herren der neuen Secte, diese Halbheit mit einer Schonung gewisser, noch vorhandener religiöser Gefühle zu entschuldigen. Diese Schonung ist gleichbedeutend mit einer Conservirung der Dummheit und des Blödsinns. Und dafür sorgen wahrlich die alten Pfaffen gerade genug, um ähnliche Bestrebungen neu geschaffener Coteries ohne Weiteres zum Nullum zu wänschen. Offensichtlich sind die heissigen Arbeiter, die ein Bischen klarer in solchen Dingen sehen, so geschickt und gehen nicht auf den Leim. Die einzig wahre Religion der Gegenwart liegt ausschließlich in dem Bestreben, für jeden Menschen Brod zu schaffen. Alles Andere macht sich dann selber, die religiösen Quackalber-

Konowach, 14. November. Am 10. November fand hier eine sehr gut besuchte öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher G. Diekmann aus Berlin einen Vortrag hielt. Derselbe kritisirte die verschiedenen Parteien, am allermeisten die Nationalliberalen, wie diese uns Gezeje geschaffen haben, die noch viel schlechter sind als zur Zeit der Reaction, z. B. das neue Preßgesetz mit dem Zeugenzwang, ferner die Aufhebung der Büchergezeje, wodurch dem Gerladen- und Schwindlerthum freies Spiel gewährt würde u. s. w. Wegen der von der liberalen Partei mitverschuldeten Verhältnisse müssen wir die Krisis mit all ihrem Glend erdulden und von wirklicher Freiheit verspüren wir nichts. Redner sprach noch über das Vereins- und Versammlungsgezeje und das famose Militärbudget, das gleich auf 7 Jahre bewilligt worden ist. Abschluß wurde folgende von Unterzeichnetem eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Vortrage des Cigarrenfabrikanten Herrn Gustav Diekmann aus Berlin einverstanden und stellt denselben in dem Kreise Teltow, Storkow, Beskow als Reichstagsandidat auf, und verpflichtet sich, mit allen geeigneten Mitteln die Wahl desselben zu befördern.

Franz Studeubrud.

Calau, 19. November. Ueber Anklagen und Hausfuchungen ganz eigenthümlicher Art ist von hier zu berichten. Angellagt ist Unterzeichneter, ferner Krüger und Wegner, wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz. Die Anklagen sind schredlich lang, doch schwach mit Beweismaterial ausgestattet. Diesem Bestehende abzuhelfen, sollte wohl nun die am vergangenen Freitag stattgehabte Hausfuchung dienen. Da das Suchen bei mir nun erfolglos, ging man zu meinem Nachbar. Zu bemerken ist hierbei, daß dieser sich nicht um Politik kümmert und demselben die stattgehabte Hausfuchung Schaden zugefügt, indem sein Sohn schwer an Nerventränktheit leidet und ihm jede Aufregung nachtheilig ist. Da nun auch das Suchen bei Krüger nutzlos war, ging man zu seiner Wänschrau, einer alten Wittwe, bei der man natürlich nicht besser fuhr. So hat die Polizei seit Schliechung der sozialistischen Arbeiterpartei schon unzählige Mal sich unnütz gequält, aber sie scheint einmal die Lust nicht zu verlieren.

Vommel.

Flauen i. F. Das Arbeiter-Central-Wahlcomité hat sich gebildet, und es sind von nun an alle Briefe in Wahlangelegenheiten an den Schriftführer Friedrich Forbiger, Hofstr. 92, zu senden. Die Gesinnungsgenossen werden ersucht, die Wahl unseres Candidaten nach Kräften zu unterstützen. Gelder sind zu senden an unsern Kassirer Hermann Bräuner, Forststraße 53B.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Das Central-Wahlcomité.

F. A.: Joh. Bauer.

Großenhain, 20. November. Am 29. October wurde hier ein Volksfest abgehalten, welches trotz der schlechten Verhältnisse stark besucht war. Dasselbe ergab einen Ueberfluß von circa 60 Mark, welcher zur Wahl recht zu fatten kommt. Die Festrede hielt Herr Reiser aus Leipzig, derselbe erntete rauschenden Applaus. Ferner sprach aufselbe Tag zuvor in einer gut besuchten Volksversammlung über: „Die Volkfrage und die orientalische Frage“. Auch hier gab man lauten Beifall zu erkennen und die Versammlung nahm mit allen gegen die Stimme eines Lehrers eine unsrerseits aufgestellte Resolution an.

Der musikalische Verlag unsers Parteigenossen Sauerweig in Gotha erhält von Seiten eines Sachverständigen folgendes günstiges Zeugniß:

„Der im Verlag von Emil Sauerweig in Gotha erscheinende „Sänger-marsch“ v. G. Scholz ist eine muntere, frische, ansprechende Composition und macht beim Einspielen nicht viel Schwierigkeiten. Es lagen mir von Herrn G. Scholz noch mehrere Compositionen zur Kritik vor, und ich habe dieselben nur günstig beurtheilt können; überhaupt muß ich Herrn Scholz als einen sachkundigen, tüchtigen Uebersetzer anerkennen.“

„Die Männergesangsvereine mache ich daher auf den „Sänger-marsch“, sowie die übrigen Compositionen des Herrn G. Scholz besonders aufmerksam.“

Leipzig am 8. November 1876.

Ludwig Kohlsen, Musiklehrer.“

Briefkasten

F. Kaufmann, Tapezierer, wird um Angabe seiner jetzigen Adresse gebeten.

B. Essenwein, Karlstraße, wird um seine Adresse gebeten von von Robert Essenwein aus Weststadt in Reddenburg, gegenwärtig in Darmstadt, Adresse: Hrn. Knippen, Oberdörsen 34.

Leitung. Zur Wien Nr. 320. Expedition des Hamb.-Altonaer Volksblattes Schr. 300,00. Rfz London Ab. 40,80. Stabsst. Wahlheim Ab. 9,00. Ann. 0,70. Ludman Burgdam Schr. 5,00. Gfz Wien Schr. 8,50. Rfz Hamburg durch Gfz Ann. 32,90. Janssen Göttinge Schr. 1,20. Rfz Halle Ab. 5,00. J. F. Jägerndorf Schr. 5,00. Rfz Großsch Schr. 0,60. Gm Ober-Pfannenhiel Schr. 5,00. G. Gfz Weinigen Schr. 15,00. Kust Baltwaten Schr. 3,50. J. Jun Habamar Schr. 2,00. Korbmacherbund Hamburg Ann. 3,00. Stru Lunge-an Ann. 0,40. Sänge des Arbeiter-Bildungs-Vereins Ann. 4,20. Wahlverein Bielefeld Ann. 1,50. Gmhr Großenhain Schr. 16,00. Ann. 0,40. Rfz Corbeta Schr. 8,25. Thms Redar-Gmünd Ab. 2,00. L. Gmhr Halle Ab. 59,75. K. Edt Barentzin Schr. 0,75. Hldberg Köhmbld Schr. 0,40. Hf Düsseldorf Schr. 0,40. Deströ Rap-poldswiler Schr. 1,40. Schwir Dätzen Schr. 0,40. Gm Wien Schr. 0,60. Hf Hameln Schr. 1,00.

Wahlfonds.

Son Ca. hier R. 6,00.

Wahlfonds des 12. und 13. Wahlkreises.

Von A. Rfz Coblenz 1,90.

Hdsh.

Anzeigen etc.

Die Filial-Expedition des Herrn F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. ist durch ein Mißverständnis am Kopfe unsers Blattes angefallen worden. Die Besonnte vermittelt wie bisher alle unsere Blätter und Verlags-Kritiken. Die Expedition des „Vorwärts“

Bielefeld. Öffentliche Versammlungen.

Sonntag, den 26. November, Nachmittags 4 Uhr, beim Schankwirth Brodhage, am Waddenbaum.

Montag, den 27. November, Abends 8 Uhr, beim Schankwirth Pflüschewitz, an der Herforderstr. C. III.

Tagesordnung:

1) Das gleiche Recht für Alle, Ref.: Herr F. Bruno.

2) Proklamirung des Reichstags-Candidaten.

Um zahlreiche Theilnehmung ersucht (R 43) [120]

Der sozialdemokratische Wahlverein in Bielefeld.

Leipzig. Allgemeiner Vötker- und Körper-Verein.

Sonnabend, den 25. November, Abends 8 Uhr.

Versammlung bei Richter, Köpplag 9. Sozialer Wochenbericht.

Leipzig. Verein der Sattler und Verfertigen. Versammlung, Sonnabend, 25. November, Abends 8 1/2 Uhr im Lokal des Hrn. Richter, Köpplag 9, wozu alle Collegen Leipzigs und Umgebung freundlichst einladet [50]

Der Ausschuß.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 25. November, Abends 8 Uhr, Versammlung, Läubchenweg, Restauration von Menzel. Tagesordnung: Vortrag von B.—d.

NB. Nächste Versammlung: Vortrag und Discussion über die Gewerkschaftsbewegung. [60]

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Verschiedene bei uns im Vereinslokale zurückgelassene Zeichenblätter veranlassen uns, die Eigenthümer zu ersuchen, dieselben baldigst abzuholen, resp. ihr Eigenthumsrecht bei uns geltend zu machen. Mit dem 1. Februar 1877 werden alle übrigen Zeichenblätter dem Vereinsbesitz zugewiesen. Die Entnahme kann nur durch Anmeldung beim Cassirer geschehen. Der Vorstand. [70]

Mitglieder-Versammlung des Korbmacherbundes von Hamburg-Altona-Ottensen.

Im „Salon zum Roland“, 1. Jakobstraße 11. Sonnabend, den 26. November, Abends 8 1/2 Uhr. — Tagesordnung: 1) Abrechnung; 2) Vortrag; 3) Vereinsangelegenheiten.

Neue Mitglieder werden aufgenommen.

(R 146) F. Winkeling, Gräner Deich, Hof 81. [90]



Allgemeiner Deutscher Schneider-Verein.

Am 10. November starb eines unserer eifrigsten Mitglieder Herr Bruno Deier.

Er besuchte bis zu seinem Krankenlager jede Versammlung des Vereins regelmäßig, er gedrehte zu denen, die erkannt haben, welches Prinzip wir zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse anzustreben, und wohnen wir zur Erreichung desselben unser Ziel zu richten haben, und wenn es sich um Beförderung unserer Bestrebungen handelt, so stand er uns stets mit seinem Rath zur Seite. Es wird ihm der Verein für seine seine Ehrenthätigkeit ein ehrendes Andenken bewahren. Leipzig, am 20. November 1876.

L 40] August Zipse, Bevollmächtigter.

Der Parteigenosse, welchem bei der Bezirkconferenz in Rorsdorf ein Regenschirm veräußert worden ist, kann denselben durch Ernst Strenne in Lungenau zurückhalten. (R 210) [90]

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlfugblatt Nr. 9 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Die Finanzlage der Leipziger Commune (Fortsetzung). — Ein unbekannter Mann. — Correspondenz. — Fackelfunkten.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“.

Nr. 10 erscheint Sonnabend, den 25. dS.

Die Neue Welt

Jahrgang I. 1876

complett, lieferbar mit Ablauf des Jahres empfehlen wir als besonders geeignet zu Festgeschenken.

Preis: ungebanden M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Die Einbanddecken tragen das große Titelbild des Bestimmungsklags in Golddruck, dorkstellend:

Die Befreiung der Menschheit. Bei Parteibezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beiträge in Briefmarken erbeten.

Elegante Einbanddecken für die „Neue Welt“

sind a Stück 1,20 M. gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch Unterzeichnete und die Buchbinderei von S. Jansen, Universitätsstraße Nr. 16 zu beziehen.

Colporteurs und Filial-Expeditionen erhalten bei Parteibezug entsprechenden Rabatt.

NB. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einbindung von Briefmarken. Leipzig, Mitte November 1876.

Die Expedition der „Neuen Welt“. Färberstraße 12/11.

Allen Gesinnungsgenossen

die Mittheilung, daß die von uns für die Wahlagitacion veranlaßte und vom Parteigenossen A. Weibel verfaßte Broschüre:

Die parlamentarische Thätigkeit des Deutschen Reichstags und der Landtage von 1874—1876

nebst einem Anhang, enthaltend: Winke für die Agitacion, Auszüge aus den deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzen, dem Strafgesetzbuche, dem Reichswahlgesetz, der Reichswahlverordnang etc. etc.

Freitag, den 24. November, im Verlage der Allgem. deutschen Affoziations-Buchdruckeri in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, erscheint und sind die Bestellungen sofort dorthin zu richten.

Die Broschüre wird 9 Bogen kl. 8^o stark und kostet einzeln 30 Pf., in Partien 25 Pf. per Exemplar. — Im Buchhandel beträgt der Preis per Exemplar 50 Pf.

Die Broschüre ist populär geschrieben und enthält nicht nur eine gründliche Beleuchtung der verhängnißvollen Thätigkeit, welche der Liberalismus im Reichstag und in den Landtagen in den letzten drei Jahren entfaltet, sondern der Verfasser entwickelt auch, an die einzelnen Punkte anschließend, die Forderungen der Sozialdemokratie, im Gegensatz zu denen des Liberalismus.

Die Broschüre ist also eine Kritik der Wegner und ein Programm der eigenen Partei zu betrachten und ist ein unentbehrliches Hülfsmittel für den bevorstehenden Wahlkampf, wie das beste Agitationsmittel für das arbeitende Volk.

Wir fordern alle Gesinnungsgenossen dringend auf, die Broschüre nicht nur für den eigenen Gebrauch sich anzuschaffen, sondern auch ihre weitestgehende Verbreitung in den Kreisen zu befördern.

Das Central-Wahl-Comité.

Kuer. Derossi. Weid. Hartmann. Braßch.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hasenclever in Leipzig.